



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 3. November 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-08-0069

**Masterplan lebenswertes Schierstein - weiteres Vorgehen mit Initiativanträgen
-Antrag der Fraktion L&P vom 27.10.2020-**

Nach den Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung können Verfahren von der Bürgerschaft, Institutionen und Gremien (z.B. Ortsbeiräte) sowie vom Magistrat angeregt werden. Tatsächlich geht der weit überwiegende Teil der Anregungen auf die städtischen Ämter und Beteiligungen zurück. Das Online-Angebot „Deine.Initiative“ weist derzeit 11 Vorschläge aus der Bürgerschaft aus, von denen nur einer die Hürden des Prüfverfahrens erfolgreich durchlaufen hat. Der Vorschlag „Masterplan lebenswertes Schierstein - behutsame Nachverdichtung und weniger Verkehr“ vom 02.11.2018 wurde am 23.05.2019 (!) von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Im März 2020 verweist die Stabsstelle WIEB darauf, dass aufgrund des Coronavirus keine Vor-Ort-Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung durchgeführt werden könnten. Eine reine Online-Bürgerbeteiligung sei nicht sinnvoll. Weitere Voraussetzung sei die Festlegung der Standorte für die Hafenschule und die Erich Kästner-Schule.

Im Oktober 2020 weist die Dokumentation auf Dein.Wiesbaden noch immer Lücken auf bezüglich Kosten, nächste Schritte, Durchführung, Veranstaltungen und Ansprechpartnern.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

- I. die Protokolle der Abstimmungsgespräche mit Stadtplanungsamt, Tiefbau- und Vermessungsamt, Grünflächenamt, Umweltamt und Sportamt online zu stellen,
- II. das Beteiligungskonzept vorzulegen, woraus hervorgeht:
 1. Beschreibung des Vorhabens und Beteiligungsprozesses inklusive Chancen/Potentialen und Risiken der Bürgerbeteiligung
 2. Planung des Prozesses
 3. Auswahl der zu Beteiligten
 4. Auswahl der Methoden
 5. Information der Öffentlichkeit
 6. Zeitplan und Kostenschätzung
- III. die erforderlichen Mittel für die Haushaltsplanberatungen 2021 einzubringen, und die genehmigten Restmittel aus 2020 zu übertragen,
- IV. die Empfehlungen unter Punkt „4.2 Initiativrecht“ im Bericht zur Schluss-Evaluierung 2019 umzusetzen.

Beschluss Nr. 0076

Der Antrag wird in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

- I. einen Sachstandsbericht der Abstimmungsgespräche mit Stadtplanungsamt, Tiefbau- und Vermessungsamt, Grünflächenamt, Umweltamt und Sportamt online zu stellen,
- II. das Beteiligungskonzept vorzulegen, woraus hervorgeht:
 1. Beschreibung des Vorhabens und Beteiligungsprozesses inklusive Chancen/Potentialen und Risiken der Bürgerbeteiligung
 2. Planung des Prozesses
 3. Auswahl der zu Beteiligten
 4. Auswahl der Methoden
 5. Information der Öffentlichkeit
 6. Zeitplan und Kostenschätzung.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2020

Sobek
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2020

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister